

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



Vorrang für das Gemeinsame!

Bundespräsident Klestil hat SPÖ-Vorsitzenden Viktor Klima mit der Aufnahme von Regierungsverhandlungen betraut. Klima hofft auf die Einsicht der ÖVP, daß nun die Interessen Österreich Vorrang vor Parteitaktik haben.

Die Haltung des Bundespräsidenten, die Einstellung vieler Medien – mit besonderem Nachdruck die der „Kronen-Zeitung“ – und Meinungsumfragen haben ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel, der in den langwierigen Sondierungsgesprächen ein Pokerspiel versuchte, endlich zum Einlenken gebracht. Die ÖVP hat ihren offenbar nur als Wahltaktik gedachten Oppositionsbeschluss zurückgenommen und zeigt sich nun zu Regierungsverhandlungen bereit. Allerdings führt man auch die Gespräche mit der FPÖ weiter und hält sich die Option auf „Schwarz-Blau“ offen, nachdem man schon während der Vorgespräche immer wieder betont hat, daß man der Haider-Partei in vielen Bereichen näher stehe als der SPÖ.

Am 9. Dezember 1999 hat Bundeskanzler Klima als Vorsitzender der nach wie vor stärksten Partei von Bundespräsident Klestil den offiziellen Auftrag erhalten, Regierungsverhandlungen aufzunehmen. Der SPÖ-Chef ist, wie stets betont, nur bereit, solche mit der ÖVP zu führen.

Viktor Klima: „Der Auftrag des Herrn Bundespräsidenten verpflichtet mich, nun alles zu tun, damit Österreich rasch eine handlungsfähige Regierung bekommt. Ich will eine starke Regierung für alle Österreicherinnen und Öster-



**Für eine Regierung die im Inland und Ausland Ansehen hat:
Thomas Klestil betraut Viktor Klima**

reicher, die, wie der Herr Bundespräsident verlangt hat, über entsprechendes Ansehen im In- und Ausland verfügt. Eine Regierung, die die Kraft und den Willen hat, die großen Reformvorhaben für unser Land anzugehen.“

Als Vorhaben der künftigen Regierung sieht Klima unter anderem:

- die Stabilität des Finanzhaushaltes zu bewahren;
- die Sicherheit und die Zukunftsfähigkeit des Pensionssystems zu gewährleisten;
- den Wirtschaftsstandort im Sinne von Wachstum und Beschäf-

tigung wettbewerbsfähig zu erhalten;

□ ein Reformprogramm für Österreich zu entwickeln, für das die SPÖ bereits einen umfangreichen Katalog erstellt hat.

Der SPÖ-Vorsitzende hat klar dargestellt, wie er sich eine Reformpartnerschaft neuen Stils zwischen SPÖ und ÖVP vorstellt. Es soll eine Partnerschaft sein, in der sich beide Parteien beweglich zeigen, bereit sind, neue Wege zu beschreiten und wenn nötig auch über ihren Schatten zu springen. Was allerdings für die Sozialdemokraten sicher nicht bedeuten

wird, daß sie ihre Grundsätze abgeben.

Klima: „Jetzt geht es darum, nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame zu suchen. Es geht bei Regierungsverhandlungen nicht um eine Versteigerungsaktion, wo man das Beste für seine Partei herausholt, hier geht es nicht um persönliche oder parteipolitische Interessen, hier geht es um die Interessen Österreichs!“

Bundeskanzler Klima erwartet, daß die Verhandlungen bis Mitte Jänner Klarheit gebracht haben werden, ob die ÖVP zu einer Regierungszusammenarbeit neuen Stils bereit ist. Falls die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, könnte Klima dem Bundespräsidenten vorschlagen, ihn mit der Bildung einer Minderheitsregierung

zu betrauen. Eine Regierungsbe-
teiligung der FPÖ schließt Klima
deziert aus.

Foto: Heinrich

**Die besten Wünsche
für das**

**NEUE JAHR
2000**

allen unseren

Mitgliedern,

**Mitarbeitern, Freunden
und Lesern!**

Unerträglich

Jahraus, jahrein beglückt ein Wolf Martin recte Wolfgang Martinek die Leserinnen und Leser der „Kronen-Zeitung“ mit seinen Versen. Zwar sind sie oft nach dem Muster „Reim di, oder i friss di“ gestrickt – aber hier geht es ja nicht um die literarisch Qualität dieser Hervorbringungen. Ihre politische Tendenz ist eindeutig: Was Staberl in langen Tiraden darlegt, das faßt Martin in Reime, in denen in einer Art lyrischen Giftapotheke Rechtspopulismus in kräftiger Dosis verabreicht wird. Bisher haben wir gemeint, man könnte über diese Reimeerien mit Schweigen hinweggehen, weil sie sich selbst entlarven. Aber was sich Herr Martin in der Ausgabe vom 18. November 1999 geleistet hat, übersteigt das Maß des Erträglichen, es ist eine Beleidigung aller Antifaschisten, und es genügt nicht mehr, dies mit einem Achselzucken einfach abzutun.

Der Hausdichter der „Krone“ reimte „in den Wind“, daß „Antifaschisten gerne lügen“, bezeichnet sie als Fälscher und Linksfaschisten und versteigt sich schließlich zur folgenden unzumutbaren Tirade: *Jahrzehntelang, dies sei erwogen, ward un-*

ser Volk durch sie „erzogen“./Es scheint, daß dies nun vielen dämmert, / denn dieses Land ist nicht belämmert./ Und was in Schülerbirnen sitzt, / wird auch noch einmal ausgeschwitzt.

Der „Kurier“-Kolumnist Thomas Maurer schrieb dazu, bei der Vorstellung, daß „der furchtbare und komische Herr Martinek glücklich vor sich hingluckst, weil er sich gerade vorstellt, wie der Antifaschismus geauschwitzt wird“, habe sich sein angeekeltes Mitleid mit dem Reimeschmied in schiere Fassungslosigkeit verwandelt. Das würde man von jedem anständigen Österreicher erwarten.

Für uns Sozialdemokratische Freiheitskämpfer, die wir uns als aktive Antifaschisten bekennen, hat sich allerdings der Spaß damit endgültig aufgehört. Wir sehen uns mit tiefem Ernst dazu veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß in der Unabhängigkeitserklärung Österreichs vom 27. April 1945 ausdrücklich die antifaschistischen Parteien als staatsgründend aufscheinen. Die Auslassungen des Wolf Martin sind eine einzige Verhöhnung des Grundkonsenses dieser Republik.

Sie können nicht anders ...

Jörg Haider's Bemühungen, sein Image im Ausland zu verbessern, sind nicht angekommen, denn er zeigte bei allen Beteuerungen, seine immer wieder zitierten Erklärungen über die „ordentliche Beschäftigungspolitik“ des Dritten Reichs oder über die „anständigen Menschen“ der SS, die Ihrer Überzeugung treu geblieben sind, als nicht so gesagt oder nicht so gemeint hinzustellen, daß er einer ist, der nicht anders kann.

Und auch seine Partei ist ganz offensichtlich in keiner Weise bereit, von der Ausländerhetze, die sie offenbar als Erfolgsrezept betrachtet, abzugehen. So trat die Wiener Abgeordnete Dr. Partik-Pablé, von Beruf Richterin, mit der Forderung an die Öffentlichkeit, alle in Österreich legal lebenden Ausländer verpflichtend mit einer „A-Card“ auszustatten, die sie jederzeit bei sich haben müßten.

Auf der Karte sollen nicht nur Photo und Personaldaten, sondern auch der Fingerabdruck ablesbar sein. Das „A“ soll übrigens, so die Abgeordnete, keineswegs eine Abkürzung für „Ausländer“, sondern für „Austria“ sein.

Mag sein, daß andere Länder da und dort ähnliche Identitätskarten vorschreiben. Den FPÖlern fehlt aber offenbar jedes Gespür dafür, wie sensibel gerade unser Land im Blick auf seine Vergangenheit vor fünfzig Jahren in solchen Fragen sein muß.

Nicht zu Unrecht fühlten sich viele Antifaschisten angesichts der Forderung der Partik-Pablé an Gesetze der Hitlerzeit erinnert. So wurde 1938 im Paßgesetz Hitlerdeutschlands festgelegt, daß Pässe für Juden nur noch mit einer entsprechenden Kennzeichnung durch einen Passvermerk Gültigkeit hätten. Für die polnischen Zwangsarbeiter war das Tragen eines „P“ verpflichtend, für jene aus der Sowjetunion eine blaue Stoffmarke „Ost“. Und vor der endgültigen Vernichtung der im Reich und in den besetzten Gebieten Europas lebenden Juden wurde 1941 der gelbe „Judenstern“ eingeführt.

„Daß Ausländer die A-Card immer gut sichtbar tragen müssen oder gar ein großes A an ihrem Gewand aufnähen müssen, hat übrigens niemand bei der FPÖ gefordert. Noch nicht...“, kommentierte der „Standard“.

Als sich Israel nach dem Wahlergebnis vom 3. Oktober besorgt über die Entwicklung in Österreich zeigte, gab Haider vor, die Welt nicht mehr zu verstehen. Schließlich habe er in seinem ganzen Leben noch nie eine antisemitische Äußerung gemacht. Schon wenige Sätze später zeigte der gleiche Haider allerdings sein Verständnis für das Entstehen von Antisemitismus: „Jetzt wissen wir, warum Antisemitismus entsteht“, erklärte er zu den

Aussagen des israelischen Außenministers. Welche Äußerungen in seiner Partei über Juden gemacht werden, scheint ihn wenig zu kümmern, und man hat noch nie einen Ordnungsruf zu Ausfälligkeiten wie z. B. der nachstehenden gehört. Der langjährige FPÖ-Bezirksparteiobmann von Linz-Land und Vi-

zebürgermeister von Pucking Raimund Wimmer sagte in einem TV-Inlandsreport am 9.11.1989: „Hier 50.000 Juden anzusiedeln, wie ich das gehört habe vom Zilk, das ist unmöglich. Was täten wir damit, der kennt die Juden nicht. Die würden sich wundern, wenn die Baikesjuden würden herumrennen in Wien...“ Von einem Parteigerichtsver-

Niemals antisemitisch?

fahren oder Parteiausschluss des Raimund Wimmer ist nichts bekannt. Im Gegenteil, 1997 wurde er anlässlich seines 80. Geburtstages in Anwesenheit von Jörg Haider groß gefeiert.

Die Auslassungen des Herrn Wimmer waren keineswegs ein Einzelfall. Insbesondere in

den Publikationen, die in Verantwortung von Andreas Mölzer, Haider's Kulturbeauftragten in Kärnten, erscheinen, drückt man sich vielleicht etwas gewählter, aber keineswegs undeutlicher aus.

Aber der „Chef“ selbst ist bei einem so heiklen Thema keineswegs zimperlich. Sagte er doch in der „Zeit im Bild“ am 9.9.1998: „Wenn jüdische Emigranten Forderungen stellen, dann ist sozusagen die Wiedergutmachung endlos, wenn Sudentendeutsche dasselbe von der österreichischen Regierung verlangen, daß sie gegenüber den tschechischen Behörden ihre Wiedergutmachungsforderungen durchsetzen sollen, dann wird gesagt, irgendwann muß einmal ein Schlußstrich unter die Geschichte gezogen werden....“



Hunderte Menschen nahmen heuer beim Schweigemarsch auf dem Zentralfriedhof teil

1. November – Gedenkmarsch

Auch heuer nahmen einige hundert Mitglieder der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer gemeinsam mit sozialdemokratischen Mandataren, Wiener Bildungsfunktionären und Vertretern der Jungen Generation und der Sozialistischen Jugend am traditionellen Gedenk-

marsch auf dem Zentralfriedhof teil. Beim Denkmal der Stadt Wien für die Opfer des Faschismus von 1934 bis 1945 sprachen der Bundesvorsitzende der Freiheitskämpfer, Alfred Ströer, und Bundesministerin Eleonore Hostasch.

Eleonore Hostasch erinnerte in ih-



Ministerin Hostasch und Vorsitzender Ströer beim Mahnmal

Menschen und gegen einen neuen Rassismus mit aller Kraft zu führen. Bei den Gräbern Victor Adlers, Otto Bauers und Karl Seitz' sprachen der Vorsitzende des Landesverbandes Wien Ernst Nedwed und der frühere Bundesminister Ferdinand Lacina. Dieser rief zur Unterstützung der wenige Tage danach, am 12. November, stattfindenden Demonstration gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auf. Beim Denkmal für die

Februarkämpfer und beim Gedenkstein für die im Kampf gegen Franco gefallenen Österreicher sprach Ali Kohlbacher Worte des Gedenkens und der Mahnung. Weitere Kranzniederlegungen erfolgten bei den Gräbern von Rosa Jochmann, Josef Hindels, Manfred Ackermann, Fini Muhr und Kurt Schmidt.

rer Rede an die stolze Geschichte der Sozialdemokratie, die sich von ihren Anfängen an stets gegen die Verfolgung von Minderheiten, für die Gleichbehandlung der Menschen, für die Demokratie und gegen Krieg, Diktatur und Faschismus gewandt hat. Auch heute ist der Kampf gegen eine Politik auf dem Rücken verfolgt



Minister a. D. Lacina spricht am Grab Victor Adlers

Für Juden und Roma

Zum Gedenken an die sogenannte Reichskristallnacht, den Pogrom von November 1938, veranstalteten die Gemeinde Bad Sauerbrunn und die burgenländischen Freiheitskämpfer eine „Reise in eine versunkene Welt“. Im Kurzentrum berichtete Mag. Gerhard Baumgartner über „Das Verschwinden der jüdischen Bevölkerung des Burgenlandes“ und Robert Sommer über „Bad Sauerbrunn und die jüdischen Sommerfrischler bis 1938“.



Vor dem Mahnmal in Lackenbach wurde im November der vertriebenen und ermordeten Roma gedacht.

„Gedaenken“

Die Überschrift ist kein Druckfehler. So nennt sich ein Kunstprojekt, in dem „Junge Gedanken zum Gedenken an die Kristallnacht“ dokumentiert werden. Im Wiener Volkstheater fand – heuer zum siebenten Mal – eine Matinee zur Erinnerung an den Novemberpogrom statt. Das diesjährige Thema „Kinder im KZ“, bei dem fünf Zeitzeugen, die das KZ überlebt haben, zu Wort kamen, wandte sich speziell an junge Menschen. Gleichzeitig wurden junge Menschen animiert, ihre Gedanken zu diesem Thema via E-mail zu äußern. Diese Meinungen wurden gesammelt und archiviert und sind unter „www.kristallnacht.at“ im Internet abrufbar. Michael Ludwig, Vorsitzender des Verbandes Wiener Volksbildung, „Ein praktiziertes Beispiel politischer Bildung“.

Gedenken in der Seegrotte

Die KZ-Gedenkstätte in der Seegrotte Hinterbrühl und das Karl-Renner-Museum in Gloggnitz waren die Ziele einer Herbstfahrt der Bezirksfunktionäre des Landesverbandes Wien der Freiheitskämpfer.

In der Seegrotte befand sich in der NS-Zeit ein Außenlager des KZ Mauthausen, wo die Häftlinge in dem ausgepumpten See in Sklavenarbeit Flugzeuge für die deutsche Luftwaffe produzieren mußten. Viele dieser Häftlinge kamen Ende des Krieges auf einem Todesmarsch, der sie zurück ins Lager Mauthausen führen sollte, ums Leben.

Die Delegation der Freiheitskämpfer legte im Gedenkraum der Seegrotte einen Kranz nieder. Bedauerlich ist, daß die Verwaltung der Grotte, die heute ein touristischer Anziehungspunkt ist, diesen Teil ihrer Geschichte weitgehend unerwähnt läßt. Hingegen

wird auf einer Postkarte sogar Werbung damit gemacht, daß hier das erste Düsenflugzeug der Welt erzeugt wurde!

Von der Hinterbrühl fuhren die Teilnehmer nach Gloggnitz und besuchten dort die neue Ausstellung „Vom Vielvölkerstaat in die EU“ im Karl-Renner-Museum. Professor Siegfried Nasko

vom Verein Dr.Karl-Renner-Gedenkstätte führte durch die nach modernen Gesichtspunkten ausgebauten Ausstellung. Danach wurde der Gedenkraum in Hochwolkersdorf besucht, wo das Truppenkommando der sowjetischen Armee im April 1945 mit Karl Renner zusammengetroffen ist.



Ströer, Nasko und Nedwed im Renner-Museum

Fallschirmagenten-Schicksale

Anlässlich seines 95. Geburtstages hat Leo Mistingher im „Kämpfer“ Nr. 3-4/99 über seine Verhaftung durch die Gestapo 1943 und seine Einweisung ins Konzentrationslager berichtet, daß dafür Kontakte zu zwei österreichischen Fallschirmagentinnen aus der Sowjetunion maßgebend waren. Nunmehr wird die Geschichte der in der Sowjetunion ausgebildeten Fallschirmagenten, zumeist deutsche und österreichische Emigranten oder Kriegsgefangene, Gegenstand einer großangelegten wissenschaftlichen Untersuchung, die von Wolfgang Neugebauer und Peter Steinbach geleitet und von Hans Schafranek (DÖW-Publikation „Österreicher im Exil Sowjetunion“) betreut wird.

Nach dem deutschen Angriff auf die UdSSR meldeten sich zahlreiche ausländische Politemi-

granten zum Dienst in der Roten Armee. Doch nur wenige wurden von den – nach den Stalin'schen Säuberungen im Offizierskorps besonders mißtrauischen – Sowjetbehörden in reguläre Einheiten aufgenommen. Hingegen begann man bald, Funk- und Fallschirmagenten auszubilden, die im Hinterland des Feindes tätig werden sollten; unter ihnen waren etliche ehemalige deutsche Rotfrontkämpfer und österreichische Schutzbündler.

Sie wurden zumeist im „Generalgouvernement“ Polen oder in Ostpreußen abgesetzt und sollten sich nach Berlin, ins Ruhrgebiet oder nach Wien durchschlagen. Über Funk sollten sie Informationen über Truppenbewegungen, Industrieanlagen und die Stimmung in der Bevölkerung geben und Sabotageakte, Attentate

auf Führungspersonen und den Aufbau kommunistischer Widerstandsgruppen durchführen oder unterstützen. Für viele wurde das zu einem Himmelfahrtskommando, denn die deutsche Abwehr und die Gestapo waren (insbesondere nach dem Attentat auf Heydrich durch aus England eingeflogene Fallschirmagenten) aufmerksam, oft wurden die Agenten schon beim Absprung gefangengenommen, in Konzentrationslager eingeliefert oder gleich erschossen. Andere zwang die Gestapo zur funktechnischen Irreführung ihrer sowjetischen Auftraggeber.

Der NKWD, der die Fallschirmagenten ausgebildet hatte, wußte den Überlebenden nach Kriegsende keinen Dank. Fast alle wurden als „Verräter“ und „Nazikollaborateure“ in sowjetische Straflager deportiert.

„Keine Koalition mit dem Rassismus“

Die große Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit und Faschismus, die am 12. November 1999 beim Parlament begann und mit der Schlußkundgebung am Stephansplatz, an der mindestens 50.000 Personen teilnahmen, ihren Höhepunkt fand, war ein Signal, mit dem das „andere Österreich“ gegen den Stimmenzuwachs der Haider-Partei und deren hetzerische Parolen im Wahlkampf demonstrierte. „Mit ihren Plakaten hat sich die FPÖ selbst ausgegrenzt. Ihre Regierungsbeteiligung, auch eine indirekte, kann deshalb nicht in Frage kommen“, hieß es in einem Aufruf der Veranstalter. „Keine Koalition mit dem Rassismus!“, war eine der Hauptparolen, zu der sich die Kundgebungsteilnehmer bekannten. Bundeskanzler Klima hat denn auch namens der SPÖ – ebenso vor wie nach der Wahl – immer wieder betont, daß ein Regierungsbündnis seiner Partei mit Haider absolut ausgeschlossen ist.

Um so bedauerlicher war es, daß es vor dem Parlament eine kleine Gruppe von Kundgebungsteilnehmern für sinnvoll gehalten hat, die Wiener Stadträtin Brigitte Ederer niederzuschreien. Es wäre gescheiter gewesen, sie hätten zugehört, was Ederer zu sagen hatte, als diesen Mißton in eine große gemeinsame Aktion zu bringen.

Unter anderem sagte Brigitte Ederer: „Die heutige Kundgebung zeigt, daß eine Mehrheit in diesem Lande nicht fatalistisch zu sieht, wenn politische, soziale und kulturelle Tabus nach und nach gebrochen werden. Österreich hat schon aufgrund seiner historischen Verstrickungen eine besondere Verantwortung, die es wahrzunehmen gilt. Es gilt, das hohe Gut der Demokratie, gilt, Toleranz, Frieden und Freiheit gegen alle Anfeindungen zu verteidigen. Es sind Werte und Marksteine dieser Zweiten Republik, die es zu schützen gilt.“

Jene, deren 'Unfähigkeit zu trauern' immer wieder dazu führt, daß Schuld geleugnet und verdrängt wird und Scham und Trauer nicht gelebt werden kann, sind nicht in der Lage, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Da können noch so viele Charmeoffensiven und PR-Touren nicht darüber hinweg täuschen. Denn



Zehntausende Menschen, darunter viele unserer Mitglieder, gaben ihren Protest am Wiener Stephansplatz Ausdruck

schon einmal hat die Hetze gegen Menschengruppen, deren Dehumanisierung zu Ungeziefer, deren Verächtlichmachung im moralischen und menschlichen Desaster, in barbarischer Maßlosigkeit geendet. Wer daher diesen selbstverständlichen zivilisatorischen und humanistischen Mindeststandard nicht erfüllen kann und will, der hat nichts begriffen. Diese Volksgemeinschaft sogenannter 'echter Österreicher' grenzt sich mit ihrer Politik des Hasses und der rhetorischen Gewalt selbst aus.

Es gibt, letztlich auch in der Sozialdemokratie, in der Frage der Zuwanderung, der Integrationspolitik unterschiedliche Positionen und Akzente. Das ist nicht nur in Österreich, das ist in ganz Europa so. Worum es aber in dieser Diskussion immer gehen muß, ist, ein Mindestmaß an Respekt vor Menschenwürde, ein Mindestmaß an Humanität zu erhalten. Österreich hat sich

nach 1945 aus den realen und den moralischen Trümmern und Verwüstungen, die der Faschismus verursacht hatte, mühevoll und mitunter unter großen Qualen zu einem weltoffenen, toleranten und sozial stabilen Land gewandelt. Nun geht es darum, Grenzen zu ziehen und zu sagen: Bis hierher und nicht weiter. Wir wollen und wir werden nicht dulden, daß diese Entwicklung umgedreht wird, daß

friedliches Zusammenleben in einem Klima der Freiheit und der Toleranz von politischen Brandstiftern aufs Spiel gesetzt wird. Wir werden dem aggressiven Rechtspopulismus weder die Straße, noch diese Stadt, noch dieses Land überlassen! Daher keine Koalition mit dem Rassismus, auch keine Weichenstellungen in dieser Richtung!“

Zu den Störversuchen vor dem Parlament sagte Stadträtin Ederer am Tag danach im „Kurier“ unter anderem: „Wer Christ- und Sozialdemokraten zu Auf- und Wegbereitern des Rassismus österreichischer Provenienz stilisieren will, wer zwischen FPÖ und SPÖ imaginäre 'Ist-gleich'-Zeichen setzt, der will offenbar nicht Breite, sondern politische, fundamentalistische Enge. Ein Hauch von Weimarer Republik wehte da an der Parlamentsrampe, Erinnerungen an die Komintern-Propaganda aus den Dreißigerjahren von den Sozialdemokraten als 'Sozialfaschisten' wurden wieder wach...Es war schon ein seltsames Gefühl, bei einer Kundgebung für Toleranz und Offenheit niedergeschrien und -gepiffen zu werden, ja zum Objekt von Eierwerfern zu werden....“



Brigitte Ederer

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Franz Danimann, Herbert Exenberger, Karl Gruber, Edith Krisch, Hermine Moser, Ernst Nedwed, Alfred Ströer, Hans Waschek, Gilbert Wasserberger und Manfred Scheuch (red. Leitung)
Redaktionsschluß: 14. 12. 1999.

Warum sind wir Sozialisten!



Neu aufgelegt von der Sozialistischen Jugend Niederösterreich

Hindels-Buch neu aufgelegt

Die Sozialistische Jugend Niederösterreich hat die Broschüre „Warum sind wir Sozialisten“, die Josef Hindels erstmals 1969 veröffentlichte, neu aufgelegt. Der SJ-Landesvorsitzender Andreas Kollross schreibt in einem Vorwort, der Marxismus als Theorie und Methode habe nichts von seiner Wichtigkeit und Anwendbarkeit in der heutigen Zeit eingebüßt, deshalb wurde jungen Menschen der Zugang zu Hindels' Darstellung ermöglicht. Die Broschüre kann bestellt werden bei der SJNÖ, 3100 St. Pölten, Kastelegasse 2, Tel. 02742/ 2255 200. Am 25./26. Februar 2000 findet im Wiener Karl-Czernetz-Bildungszentrum wieder ein Josef-Hindels-Symposium statt. Anmeldungen im Sekretariat, Tel.: 534 27-277.

Ing. Horst Georg Riedler,

langjähriger Gemeinderat und Vorsitzender der SPÖ Margareten, ist vor kurzem im 58. Lebensjahr nach langem schweren Leiden gestorben. Mit „Schorschi“ Riedler verlieren die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer ein Mitglied und einen lieben Freund, der seit seiner Tätigkeit in der Jungen Generation und später als Bildungs- und Parteifunktionär immer ein aktiver Antifaschist gewesen ist.

Der Auschwitz-Hölle entronnen

Im Jänner 2000 werden einige ehemalige Auschwitz-Häftlinge wieder einmal ihres „zweiten Geburtstages“ gedenken. Es ist dies der 27. Jänner 1945, als sie, nach jahrelanger qualvoller Haft, von sowjetischen Truppen befreit wurden. Überleben war an dieser Vernichtungsstätte die Ausnahme. Und gemordet wurde buchstäblich bis zum Schluss. Die letzte Hinrichtung fand im Männerlager am 30. Dezember 1944 statt - zwei Polen und drei österreichische Widerstandskämpfer, Ernst Burger, Rudi Friemel und Ludwig Vesely, wurden gehängt - und im Frauenlager wurden noch im Jänner 1945 mehrere Häftlinge hingerichtet. Und die Evakuierung ab dem 17. Jänner von insgesamt 60.000 Häftlingen waren Todesmärsche. Wer nicht weiter konnte, wurde am Straßenrand erschossen. Andere gingen, noch unmittelbar vor Kriegsende, in den Konzentrationslagern zugrunde, in die sie überstellt worden waren. Unter den in Auschwitz Befreiten waren auch einige Österreicher, die sich nun erstmals - im Lager galt man ja als „reichsdeutsch“ - als solche deklarieren konnten. Sie hatten sich im Häft-

lingsspital, das nicht evakuiert werden konnte, versteckt. Zu dem Plan der SS, diese Baracken zu sprengen, kam es nicht mehr. Gemeinsam mit den Befreiten aus anderen Ländern, in der Mehrzahl Polen, kümmerten sich die Österreicher zunächst vor allem um die kranken Kameraden., in enger Zusammenarbeit mit dem erstaunlich schnell organisierten polnischen Roten Kreuz. Gleichzeitig suchte man in den ehemaligen SS-Unterkünften nach Unterlagen und Dokumenten über die in Auschwitz begangenen Massenverbrechen. Diese Tätigkeit wurde mit der sowjetischen „Kommission zur Aufklärung der Greuelthaten“ kombiniert. Die gefundene Belege fanden später bei diversen Kriegsverbrecherprozessen Verwertung.

Von den Österreichern wurde in einer Baracke auch ein Österreicherzimmer eingerichtet, der Maler und Graphiker und ehemalige Häftling Heinrich Sussmann gestaltete es, so gut es ging, künstlerisch aus. Von der Stirnwand des Zimmers grüßte eine behelfsmäßig gemalte rot-weiß-rote Fahne mit dem Satz: „Es lebe ein freies Österreich!“ -

fast genau vier Monate vor der Unabhängigkeitserklärung der wiedererstandenen Republik! Die Rückkehr in die Heimat war nicht leicht zu bewerkstelligen. Der Versuch, zu den jugoslawischen Partisanen zu kommen, gelang nicht. Den 1. Mai feierten die Österreicher noch in Budapest. Am 2. Mai waren die ehemaligen Auschwitzer endlich in Wien. Und das eben gegründete „Organ der demokratischen Einigung“, die erste demokratische Zeitung nach elf Jahren, das „Neue Österreich“, brachte einen fast ganzseitigen Beitrag „Die Hölle von Auschwitz“. In der Einleitung hieß es: „Den folgenden Bericht verdanken wir den fünf Österreichern Franz Danimann, Emil Gmeiner, Hans Goldberger, Kurt Hacker und Erich Kosak, denen es gelungen ist, sich vor der geplanten Ermordung durch die SS-Verbrecher zu retten. So ist es uns möglich, der Öffentlichkeit fünf lebende Zeugen vorzustellen, die mit ihrer Person für die Wahrheit ihrer Angaben eintreten.“ Es war dies die erste mediale Information der österreichischen Bevölkerung über Auschwitz.

Franz Danimann



Zum Gedenken an die Opfer des Naziterrors legten Vertreter der Opferverbände im Beisein des Floridsdorfer Gemeinderats Dr. Michael Ludwig einen Kranz vor der Gedenktafel im Amtshaus Floridsdorf nieder. Vor dem Gebäude Am Spitz wurden noch am 8. April drei Mitglieder des militärischen Widerstandes - Major Karl Biedermann, Hauptmann Alfred Huth und Oberleutnant Rudolf Raschke - öffentlich gehängt, weil sie weitere Zerstörungen in den letzten Kriegstagen verhindern wollten.

Fritz Muliar, 80, erinnert sich

Unser langjähriges Mitglied Fritz Muliar, ein wahrer Volksschauspieler, feierte kürzlich seinen 80. Geburtstag. So unvergleichlich wandelbar er als Komödiant auf der Bühne ist, so aufrichtig und un-nachgiebig steht er zu seiner Gesinnung, und immer dann, wenn dies notwendig ist, um für Österreich, für die Demokratie und für die Würde des Menschen einzutreten, bekennt er sich auch vor der Öffentlichkeit dazu. Er weiß, daß die Verantwortung von Leuten, die im Rampenlicht stehen und allgemein beliebt, ja verehrt sind, auch einschließt, daß man ein Beispiel gibt, wenn dies die Situation erfordert. In diesem Sinne ist Fritz Muliar ein wahrhaft politischer Künstler.

Seine Lebenswelt auf dem Theater schließt nicht aus, daß Muliar sich auch schriftstellerisch betätigt. Noch ist seine wöchentliche Kolumne in der „Arbeiter-Zeitung“ in guter Erinnerung, und aus seiner Feder ist bereits eine ganze Reihe von Büchern erschienen. Zu seinem Achtzigsten schenkt Fritz Muliar sich selber und uns allen ein neues: „Das muß noch gesagt werden“ (erschienen bei Kremayr & Scheriau) ist wieder ein Griff ins

volle Menschenleben, gesehen mit den Augen eines wachen Zeitgenossen, der auf bewegte – und nicht immer schöne – Jahrzehnte zurückblicken kann.

1941 wurde Fritz Muliar bekanntlich wegen „Wehrkraftersetzung“ vor ein Kriegsgericht gestellt und ging knapp an der Todesstrafe vorbei. Vielleicht würde ein solches Erlebnis manchen zum Pathos verleiten. Muliar schildert es in seinem Buch in einfachen Worten:



Das neue Buch von Fritz Muliar

„Zweiundzwanzig Jahre war ich alt, als ein Militärankläger der deutschen Luftwaffe im Rothschildhaus in Clichy bei Paris forderte, über mich die Todesstrafe zu verhängen. Dann haben sie

mich in einem Zimmer des zwölften Stockwerks warten lassen, bei offener Balkontür, in der Hoffnung, daß ich...

Aber ich bin nicht gesprungen, denn auch ich habe gehofft.

Sie haben in dieser Pause zu Mittag gegessen, mir hat es den Magen umgedreht und die Kehle zugeschnürt. Das war eine der längsten Stunden meines Lebens. Endlich das Urteil: fünf Jahre Gefängnis.

Also fünf Jahre! Ich war glücklich – sie lassen mich leben, ich darf weiter atmen! Was sind schon fünf Jahre? Ein Atemzug gegen die Ewigkeit des Todes.

Aber das Hochgefühl dauerte nicht lange. Einmal von der Todesangst befreit, begann ich gründlicher nachzudenken: fünf Jahre, das reicht vom zweiundzwanzigsten bis ins siebenundzwanzigste Lebensjahr. Dann noch einmal von vorne anfangen? Aber noch war Krieg, die Front brauchte Menschenmaterial. Also ab mit dem Flieger Muliar in die FSA (Feldstrafgefangenenabteilung) 18, eine in Russland kämpfende Bewährungseinheit. Schlimm. Aber besser als fünf Jahre, als 1825 einsame Nächte hinter Gittern....“

Salzburg: Gegen das Vergessen

Mit der Dokumentation „Schubert, Goldmann, Steinocher – Gespräche gegen das Vergessen“ haben die Filmemacherinnen Ulrike Ramsauer und Romana Klär eine eindrucksvolle Dokumentation des Salzburger Widerstandes gegen das NS-Regime geschaffen. Drei Zeitzeugen – eben Eduard Goldmann, Karl Steinocher und Maria Schubert, waren bereit, mit dem Filmteam über ihre Betätigung in der illegalen politischen Opposition zu sprechen. Durch die lebendigen Erinnerungen entsteht ein Bild des Lebens und Überlebens in einer Extremsituation. So erzählte Goldmann, der nach anderthalb Jahren Haft in Buchenwald begnadigt wurde, davon, wie er und seine Schicksalsgenossen anderen KZ-Insassen das Leben durch Ausstellen falscher Sterbeurkunden gerettet haben. Das Salzburger Filmkulturtzentrum war bei der Vorführung des 45-Minuten-Films gesteckt voll. Goldmann bedauerte dennoch: „Es sind die falschen Menschen hier. Die alten Nazis hätten kommen sollen.“

FPÖ-Sorge um „Sisi“

In der Stadt Salzburg sorgte auch der Streit um die Gestaltung des Bahnhofplatzes weiter für Gesprächsstoff. Die FPÖ hat eine Unterschriftenaktion gestartet, durch die erreicht werden soll, daß die Statue der Kaiserin Elisabeth, zur Zeit im Hellbrunner Park, auf dem Platz aufgestellt wird. Die Statue war 1901 enthüllt worden, gleichzeitig wurde der Stadtteil Froschheim in Elisabeth-Vorstadt umbenannt. Die Sorge der FPÖ um „Sisi“, die schon einmal beim Bahnhof stand, dürfte einen anderen Hintergrund haben: Im Gestaltungsplan für den Bahnhofsvorplatz ist eine Skulptur vorgeschlagen, die an Salzburger Eisenbahner erinnert, welche im Widerstand gegen das NS-Regime ihr Leben verloren haben.

Neuer Blick auf Wien



Unbedingt sehenswert ist die kürzlich im Bildungszentrum der Wiener Arbeiterkammer, 4., Theresianumgasse 16-18, eröffnete Ausstellung „Photographie in Wien 1918 bis 1938“. Die dort gezeigten Photos erlauben einen neuen Blick auf die Geschichte des Zwischenkriegs-Österreich. Die Bereiche, die von den Kameralinsen erfaßt wurden, sind umfassend: Von der Politik über städtisches Leben, Porträts, Soziales, Sport, Film, Tanz, Theater bis zu Aktaufnahmen reicht die Palette. Ein Teil der Bilder werden erstmals gezeigt, manche von ihnen waren verschollen – waren doch viele der Photographen, deren künstlerischer Blick Menschen und Dinge neu zu sehen lehrte, nach dem „Anschluss“ aus rassischen oder politischen Gründen verfeimt, mußten ihre Heimat verlassen oder kamen in der Vernichtungsmaschinerie der Nazis um.

Die Ausstellung ist bis 25. Februar 2000 Montag bis Freitag (werktags) von 8 bis 19 Uhr geöffnet, auch während der Weihnachtsferien. Führungen können bei Anmeldung (Tel. 501 65 3183) vereinbart werden.

Medicuba-Austria

Die seit 40 Jahren von den USA über Kuba verhängte Blockade, seit 1996 verschärft durch die Sanktionsdrohung gegen Länder, die mit Kuba Handel treiben, bringt das für ein Entwicklungsland beispielgebende Gesundheitssystem der Insel in Bedrängnis. Die Österreichisch-Kubanische Gesellschaft will mit dem medizinischen Hilfsprojekt „Medicuba-Austria“ die dortige Pharmaerzeugung unterstützen. Spenden erbeten auf das Konto der Österr.-Kubanischen Gesellschaft, Bank Austria, Konto Nr. 601 263 700, Kennwort MEDICUBA-AUSTRIA.

Nie wieder Krieg und Faschismus!

60 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges gedachten die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer Niederösterreichs und die SPÖ St. Pölten der Opfer des NS-Regimes. „Nie wieder Krieg– Faschismus– Diktatur“ lautete denn auch die Botschaft der mehr als 500 Gäste der Kundgebung im neuen SP-Landesparteihaus.

Bürgermeister Willi Gruber hob in seiner Begrüßungsansprache hervor, daß während der Nazizeit hunderte Sankt-Pöltner inhaftiert

wurden und 87 von ihnen wegen ihrer Gegnerschaft zu Hitler zum Tode verurteilt wurden. Damit erbrachte die Stadt, gemessen an der Zahl der Bevölkerung, bundesweit den höchsten Blutzoll im Widerstand. Durch den Bombenkrieg wurden 39 Prozent sämtlicher Objekte in St. Pölten entweder zerstört oder unbrauchbar.

Der Vorsitzende des Landesverbandes der Freiheitskämpfer, Karl Gruber, erinnerte an die brutale Machtpolitik des Hitlerregimes in Europa und an die Greuel des Nazifaschismus. Der Überfall auf Polen, der Pakt mit Stalin – für Hitler ein „Nochnichtangriffspakt“ – die Rekrutierung von Polen, Ukrainern und Russen zur Zwangsarbeit vorwiegend in den Rüstungsbetrieben, die Grausamkeiten von

SS und SD in den besetzten Gebieten und das singuläre Verbrechen der Judenvernichtung verbreiteten in Europa Angst und Schrecken. Aber auch in der eigenen Wehrmacht wütete die Nazijustiz: an die 50.000 Wehrmachtangehörige wurden wegen „Untreuedelikten“ zum Tode verurteilt. Weit mehr als drei Millionen Soldaten gerieten in sowjetische Kriegsgefangenschaft, von ihnen haben 1,959.000 die Heimat wiedergesehen. Von den 6 Millionen sowjetischer Kriegsgefangener hat nur die Hälfte in deutschen Lagern überlebt. Tragisch der Fehlschlag der Attentate auf Hitler: selbst dieser späte Anschlag des mutigen Grafen Stauffenberg am 20. Juli 1944 hätte noch Millionen Menschen das Leben gerettet.

Wir gratulieren:

Zum 102. Geburtstag: Juliane Adelpoller, Wien. **99. Geburtstag:** Hermine Swidetzky, Wien. **98. Geburtstag:** Josefine Hollaus, Wien. **97. Geburtstag:** Leopoldine Pfeiffer, Groß-Siegharts; Emmerich Amsüss, Loosdorf; Maria Mosch, Wien. **96. Geburtstag:** Johann Königsecker, Freistadt; Franz Pfannhauser, Wiener Neustadt; Marie Kump, Wien. **95. Geburtstag:** Magdalena Horvath, Neusiedl am See; Emilie Kohl, Rudolf Zwieauer, Wien. **94. Geburtstag:** Elisabeth Schmutzenhofer, Alexander Blum, Anton Zacek, Wien. **93. Geburtstag:** Maria Eineder, Wien. **92. Geburtstag:** Luise Bermann, Wiener Neustadt; Maria Dexinger, Anna Hain, Hermine Pomp, Ing. Erwin Racek, Wien. **91. Geburtstag:** Maria Meerkatz, Hohe Wand-Stollhof; Anna Waldeck, Lienz; Sophie Lederer, Schwechat; Ernest Pollak, Johann Keller, Dr. Ella Lings, Hermine Bayer, Wien. **90. Geburtstag:** Landesrat a.D. Stefan Billes, Eisenstadt; Franz Knappitsch, Judenburg; Maria Gaisrucker, Kreszentia Mayer, Kapfenberg; Emmerich Dutter, Neunkirchen; Karl Kaulich, Steyr; Anni Kidric, Voitsberg; Maria Gindl, Wiener Neustadt. **85. Geburtstag:** Alois Eichler, Innsbruck; Franziska Wukitschewitsch, Kapfenberg; Hans Pawlik, Klagenfurt; Cäcilie Wernbacher, Linz; Elsa Scharrer, Steyr; Hans Steiner, Tschurndorf; Bürgermeister a.D. Hans Barwitzius, Wiener Neustadt; Ernst Graber, Oskar Vetter, Leopoldine Zwieauer, Johann Bock, Ing. Ernst Figl, Emma Dufek, Johann Gänsweider, Rudolf Karnik, Hedy Kubaik, Adolfine Mösel, Stefanie Skrob, Wien. **80. Geburtstag:** Hanns Bubich, Brunn am Gebirge; Anna Körner, Landesrätin a.D., Gmünd; Frieda Pirkhofer, Graz; Prof. Fritz Muliar, Groß-Enzersdorf; Josef Schmidl, Steyr; Vize-Bgm. a.D. Franz Sumaric, Stockerau; Stefanie Glaser, Ziersdorf; Hans Krauschnier, Erna Labes, Emil Winter, Pauline Pölzer, Elfriede Srp, Hermine Wipp, Johann Zachata, Karl Kaiser, Margarete Ludwig, Berta Rauscher, Wien. **75. Geburtstag:** Franz Pühringer, Linz; Hedwig Deimel, Schrems; Hedwig Svoboda, Ida Drössler, Margarete Filippovits, Johann Kadnar, Stadtrat a.D. Franz Nekula, Mila Niegler, Erwin Segulin, Elfriede Horvath, Wien.



Bei der Gedenkfeier der niederöstr. Freiheitskämpfer

Keine zwei Klassen Zwangsarbeit

Der Vorsitzende der Stiftung für deutsch-polnische Versöhnung, Jacek Turczynski, hat Anfang November in einem Zeitungsinterview die deutsche Haltung bei den Verhandlungen über Entschädigungen von Zwangsarbeitern scharf kritisiert. Am 14. Dezember zeichnete sich jedoch eine Änderung in der Haltung Deutschland ab. Die Regierung Schröder stockt die Gesamtsumme der Entschädigungen auf 10 Milliarden DM

auf. Dies wurde vom Unterhändler Graf Lambsdorff nach Gesprächen mit US-Präsident Clinton mitgeteilt. Turczynski warnte auch davor, die Landarbeiter von der Entschädigung auszuschließen – die 220.000 Polen, die zum Arbeitseinsatz auf dem Lande gezwungen wurden, stellten mehr als 80 Prozent der Geschädigten. Die Zwangsarbeit in bessere und schlechtere einzuteilen, sei inakzeptabel.

Wo KZ-Häftlinge die V-2-Raketen bauten

Die Gedenkstätten der Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora in Thüringen waren im Oktober 1999 Ziel einer Gedenkfahrt von Funktionären der Landesgruppe Wien der Freiheitskämpfer.

Das Konzentrationslager Mittelbau-Dora, nördlich von Weimar, war das letzte KZ, das das NS-Regime in Deutschland errichtete. Nachdem die Heeresversuchsanstalt Peenemünde im August 1943 von den Alliierten bombardiert worden war, sollte die Erzeugung der A-4-Raketen („V 2“) unterirdisch fortgeführt werden. So entstanden die Fabriksanlagen am Kohnstein bei Nordhausen in Thüringen; die Badische Anilin- und Sodafabrik (BASF) hatte hier schon seit 1916 in Tunnelanlagen den Rohstoff Anhydrit abgebaut. Im Herbst 1943 trafen Häftlinge aus dem KZ Buchenwald am Kohnstein ein. Sie mußten das Stollensystem im Berg ausbauen. Das war eine unbarmherzig harte Arbeit unter Tage. Viele gingen dabei zugrunde. Selbst schlafen mußten die Häftlinge auf dem Felsen. Im Winter 1943/44 erzeugte das Mittelwerk die ersten Raketen. Zur gleichen Zeit wurde ein lagereigenes Krematorium errichtet, wo die erschlagenen oder an Erschöpfung gestorbenen Häft-



Die Delegation beim Mahnmal in Buchenwald

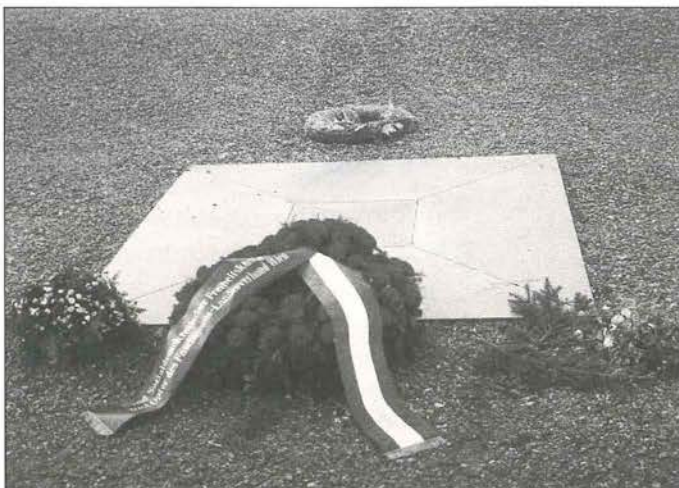
linge verbrannt wurden. Neben dem Krematorium, das noch heute steht, befindet sich jetzt ein Friedhof auf der Waldwiese, auf die die SS die Asche der Toten streuen ließ. In einem erhaltenen Häftlingsgebäude ist eine Ausstellung eingerichtet; hier ist auch zu lesen, daß Wernher von Braun an der Entwicklung der Raketen beteiligt war, ein Nationalsozialist und SS-Mann, der nach dem Krieg in den USA die Raketen weiterentwickelte. Das Lager wurde vor den anrückenden alliierten Truppen evakuiert, viele Häftlinge verloren dabei auf „Todesmärschen“ ihr Leben. Am 11. April 1945 betraten die ersten amerikanischen Soldaten die unterirdischen Produktionsanlagen, im Juli folgten die Sowjets.

Die Besucher aus Österreich legten am Eingang zum KZ einen Kranz nieder, und Genosse Leo Mistingger sprach einige Worte des Gedenkens an die Opfer.

Das KZ Buchenwald war bereits 1937 auf dem Ettersberg bei Weimar errichtet worden. Die Delegation betrat das Lager durch das Tor mit der Aufschrift „Jedem das Seine“, eine ebenso zynische Aufschrift wie die von Auschwitz, „Arbeit macht frei“. Auf dem Gelände des Lagers stehen noch die Reste einer „Goethe-Eiche“, unter der – grausiger Widerspruch – der Dichterstern, dessen 250. Geburtstag in der für 1999 zur „Kulturhauptstadt Europas“ erhobenen Stadt Weimar gefeiert wurde, gegessen haben soll. Ein anderer Dichter, der junge Wiener Jura Soyfer, ging im KZ Buchenwald an Typhus zugrunde, mit dem er sich als Leichenträger im Lager ansteckte. Die Besucher trafen hier auch zwei österreichische „Zivildienstler“, die ihren 14monatigen Dienst in der KZ-Gedenkstätte ableisten.

In Erfurt, der Hauptstadt des Bundeslandes Thüringen, traf die Delegation mit Mitgliedern des Landesparlaments zusammen. Genossin Petra Hess begrüßte die Gäste und erzählte vom politischen Leben in diesem „neuen“ Bundesland.

Hans Waschek



Ein Kranz aus Österreich für die Opfer

Kärntner Gedenken

Mitglieder der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, der ÖVP-Kameradschaft politisch Verfolgter sowie der Verbände der Widerstandskämpfer, der Kärntner Partisanen und der ausgesiedelten Slowenen gedenken am 27. Oktober auf dem Friedhof Klagenfurt-Annabichl aller Opfer des Nationalsozialismus. Einhelliger Tenor der Redner: Warnung vor einer Rechtsentwicklung in Österreich und Europa, ein Appell für mehr Toleranz und die Aufforderung an die Jugend, die Erfahrung der Geschichte für die Zukunft zu bewahren.

Denkmal der Namen

Nach fünfjähriger Diskussion und Forschungsarbeit wurde im September in Villach das „Denkmal der Namen“ feierlich enthüllt. Das Mahnmal ist den Frauen, Männern und Kindern aus Villach und Umgebung gewidmet, die von den Nationalsozialisten zwischen 1938 und 1945 ermordet wurden. Auf dem Denkmal scheinen 64 Namen auf, das Schicksal von deren Trägern wird in einer Broschüre von Hans Haider ausführlich dokumentiert. Sie wurde vom Verein „Erinnern“, Villach, herausgegeben. Weitere 60 Namen sollen im Mai 2000 hinzugefügt werden.

Grete Jost-Gedenken

Das antifaschistische überparteiliche Erdberger „Personenkomitee Grete Jost“ veranstaltet am Samstag, 15. Jänner 2000 um 14 Uhr bei der Gedenktafel für Grete Jost, Wien 3, Rabenhof, Baumgasse 9, eine Kundgebung. Grete Jost war Funktionärin der KPÖ und wurde 1943 im Alter von 27 Jahren enthauptet. Die Kundgebung ist dem Andenken aller ermordeten Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus gewidmet.

Die Rote Kastanie am Belgradplatz

Jahrzehnte hindurch diente die Hellerwiese, heute Belgradplatz in Wien-Favoriten, den Lovara, Roma und Sinti als Hauptrastplatz auf ihrem Weg in den Süden. Im Jahre 1941 wurden alle Familien, Kinder, Frauen und Männer, von diesem Platz weg von den Nationalsozialisten deportiert. Die Spuren vieler von ihnen verlieren sich im Gas der Vernichtungslager. Es war ein Wunsch der Brüder Prof. Karl und Johann „Mongo“ Stojka, – sie haben die Deportation nach Auschwitz überlebt – daß auf diesem Platz eine Rote Kastanie als bleibendes Zeichen der Erinnerung gesetzt werde. Heuer im Herbst wurde die Baumpflanzung vorgenommen und eine Gedenktafel enthüllt.

Stück gegen Rassismus

Im Rahmen einer vom Wiener Volksbildungswerk unterstützten Veranstaltung des „Kulturvereins Wien Innere Stadt“ präsentierte die Gruppe „ERZÄHLEN WIEN“ im BAWAG-Saal Seitzergasse die im Jahr 1936 entstandene groteske Satire „Die Nase“ von Bruno Jasienski.

Jasienski wurde 1901 als Bruno Zyskind in Klementów, Polen, geboren. Seine tragische Lebensgeschichte spiegelt die politischen Wirrnisse unseres Jahrhunderts wider. Er war einer der Begründer des polnischen Futurismus. Als Gegner des autoritären Pilsudski-Regimes verließ er 1926 seine Heimat, ging

zunächst nach Frankreich, wurde von dort ausgewiesen und in der Sowjetunion aufgenommen, die ihm die Staatsbürgerschaft verlieh; im Sowjetischen Schriftstellerverband Vorstandsmitglied geworden, wurde er im Zuge der stalinistischen „Säuberungen“ verhaftet und starb in einem Gulag. 1956 wurde er rehabilitiert.

Bei einem kurzen Aufenthalt im Berlin der dreißiger Jahre hatte er erkannt, in welcher Richtung sich der Nationalsozialismus bewegte. Unter dem Eindruck des Erlebten verfaßte er das Stück „Die Nase“. In diesem Stück führt er vor Augen, wie nahe Wissenschaft und Wahnsinn, Erfolg und

Ächtung, Freundschaft und Verachtung beeinander liegen. Er zeigt, daß der Rassenwahn eines Systems selbst vor seinen Schöpfen nicht halt macht.

Die Präsidentin des Kulturvereins, Gerti Distel, und der Präsident des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Hubert Pfoch, begrüßten das zahlreich erschienenen Publikum, unter ihnen auch viele Mitglieder des Wiener Landesverbandes der Freiheitskämpfer.

Die Gruppe „ERZÄHLEN WIEN“ hat mit dieser Darstellung mit Musik bereits während der Ausstellung über die NS-Euthanasie im 14. und 15. Bezirk gastiert. ■

Ein Einzelner gegen Hitler

Im Jahr 1938 entschloß sich der 1903 geborene Tischler Johann Georg Elser, Hitler zu töten. Ihm war klar, daß Hitlers Politik zum Krieg führte, und er wollte diesen Krieg verhindern. Die Vorbereitungen für das Attentat, die Elser völlig allein traf, waren schwierig. Der Krieg war schon ausgebrochen, als er zur Tat schreiten konnte. Am 8. November 1939 war, wie jedes Jahr, Hitlers Rede vor den „alten Kämpfern“ des mißglückten Putschversuchs von 1923 im Münchner Bürgerbräukeller vorgesehen. Der „Führer“ kam auch, aber er verließ das Treffen einige Minuten früher als sonst. Die Bombe tötete einige Versammlungsteilnehmer, Hitler blieb – dank der „Vorsehung“, wie die Nazipropaganda verbreiten ließ – verschont.

Elsers Flucht in die Schweiz mißlang. Die Gestapo glaubte ihm die Einzeltäterschaft nicht, sie suchte Verbindungen mit dem englischen Secret Service.

In den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau wurde er fünf Jahre in Isolationshaft gehalten. Am 9. April 1945, wenige Wochen vor Kriegsende, wurde er in Dachau ermordet. Die Lagerleitung teilte mit, daß Elser bei einem alliierten Luftangriff umgekommen sei.

Es läßt sich kaum ermessen, wieviel Unheil der Welt erspart geblieben wäre, wieviele Millionen Menschen nicht hätten sterben müssen, wenn der Anschlag gelungen wäre.

Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand hat eine Dokumentation zusammengestellt, die mit Bildern aus Privatbesitz den Menschen Georg Elser in seinem lebensgeschichtlichen Umfeld, die Vorbereitungen des Attentats und den Leidensweg in der Haft zeigen.

Die Ausstellung war jüngst – leider viel zu kurz – auch in Wien im Gebäude des Stadtschulrats zu sehen. ■

Kündigungsgrund: Nichtarier

„Feindbilder für billige Politik sind beliebig austauschbar und können jede und jeden einmal treffen. Gerade jetzt wird die mahnende Bedeutung der Gedenktafeln deutlich.“ Solche Gedenktafeln wurden jüngst an Gemeindebauten in Wien-Simmering enthüllt, und mit diesen Worten umriß einer der Initiatoren der Aktion Walter Schuster deren Bedeutung. Die Gedenktafeln sollen an vertriebene und ermordete jüdische Mieter aus den Gemeindebauten des Bezirks erinnern. Die Tafeln wurden auf Initiative der Volkshochschule und des Kulturvereins Simmering im Rahmen einer „Historischen Wanderung“ durch den Bezirk angebracht. Bezirksvorsteher Franz Haas, der Vorsitzende des Verbandes Wiener Volksbildung Bundesrat Michael Ludwig, Nechemia Gang als Vertreter der Kultusgemeinde, Herbert Exenberger vom DÖW

und Brigitte Ungar-Klein vom Jüdischen Institut für Erwachsenenbildung erinnerten an das Schicksal dieser von den Nazis vertriebenen, entrechteten und getöteten Menschen. So befindet sich am Haus Ehamgasse 8 eine Tafel für Ryfka Feuchtbäum (geb. 1892) und ihre Tochter Toska (geb.



Hier lebten Mutter und Tochter Feuchtbäum

1935), die vermerkt, daß beide am 12. Mai 1942 nach Izbica deportiert und dort ermordet wurden. Das ist eines der vielen Daten, die in dem Buch „Kündigungsgrund Nichtarier“ von Ungar-Klein/Koß/Exenberger (erschienen im Picus-Verlag) belegt werden.

Stadtrat Rieder zum Fall Gross: „Urteil, nicht Strafe ist wichtig!“

In diesem Verfahren geht es nicht um die Strafe, sondern um ein Urteil, das ein Richter und Geschworene in einem österreichischen Gericht zu fällen haben. Ob jemand haftfähig ist oder nicht, muß keinen Einfluss auf die Urteilsfindung haben“. Diese Feststellung traf Wiens Gesundheitsstadtrat Dr. Sepp Rieder im Zusammenhang mit dem gegen den „Spiegelgrund“-Arzt Dr. Heinrich Gross eingeleiteten Verfahren.

„Der Fall Gross und dessen Nachkriegskarriere sind exemplarisch für den Umgang mit der NS-Vergangenheit in Österreich“, führte Rieder bei einer Veranstaltung im Gymnasium Schmelz zum 60. Jahrestag der Unterzeichnung des Euthanasieprogramms durch Adolf Hitler aus. Nicht nur, dass nach 1945 kein Versuch unternommen wurde, vertriebene

Menschen wieder ins Land zu holen, sei es den Nutznießern des NS-Regimes kein Problem gewesen, zum Beispiel auf den Leichen ermordeter Kinder wissenschaftliche Karrieren aufzubauen. „Im konkreten Fall muß sich neben der Medizin aber auch die Justiz die Frage gefallen lassen, warum ein Psychiater trotz damals bereits laufender Ermittlungen zu einem der meistbeschäftigten Gerichtsgutachter werden konnte“.

Das Beispiel NS-Euthanasie zeige auch, dass Wissenschaft niemals „wertfrei“ sein dürfe, sondern sich an den Menschenrechten und an humanitären Grundprinzipien zu orientieren habe. Gerade in der NS-Euthanasie sei die (Pseudo-) Wissenschaft eine grausame Symbiose mit den Machthabern eingegangen: Die Nazis fanden willfähige Wissenschaftler zur Um-

setzung ihrer Theorien, Wissenschaftler bedienten sich des politischen Systems, um ungestört durch Ethik und Humanität ihre Experimente durchzuführen.

Stadtrat Rieder übergab an den Historiker Mag. Peter Schwarz ein Stipendium des Wiener Krankenanstaltverbundes für eine Untersuchung der sogenannten „Wilden Euthanasie“ in der Heil- und Pflegeanstalt Steinhof zwischen 1941 und 1945. In dieser Arbeit sollen Umfang, Dimension und Hintergründe der dezentralen Tötungsaktionen im „Normalbetrieb“ der Anstalt – nach dem August 1941 (als die Euthanasieaktion offiziell eingestellt worden war) – untersucht werden. Von 1939 bis 1941 waren mehr als 3.000 Steinhof-Patienten in Schloß Hartheim bei Linz ermordet worden. ■

Auf den Spuren der Partisanen

Heuer im Frühherbst fand eine von der Volkshochschule Hietzing veranstaltete Wanderung im Hochschwab-Gebiet, von Tragöß nach Eisenerz, statt, bei der der Historiker Haimo Halbrainer den Teilnehmern vor Ort die Geschichte der Partisanengruppe „Filz“ erläuterte. Im Frühjahr 1944 bestand die Gruppe aus zwanzig Männern unter Waffen und über hundert Personen, die sie mit Lebensmitteln und Informationen versorgten. Unvorsichtigkeit ließ fast die gesamten Unterstützer der Gruppe auffliegen; mehrere Tote, zahlreiche Verhaftungen und Verschickungen in Konzentrationslager waren die Folge. Trotz dieser Rückschläge konnte die Gruppe in den letzten Tagen des NS-Regimes die Anlagen der Alpine Montan in Donawitz vor der Zerstörung retten. Die Partisanen drangen in das Werk ein, entwaffneten den Werkschutz und entschärften die Sprengladungen.

Erinnerungen an Dr. Steinitz

An der städtischen Wohnhausanlage Steinitz-Hof in der Auhofstraße (Wien-Hietzing) wurde nun eine Gedenktafel enthüllt, die an die Persönlichkeit des Mannes erinnert, dessen Namen der Hof trägt. Dr. Heinrich Steinitz, geboren am 30. August 1870 in Bielitz, war als Sozialdemokrat der Anwalt vieler verfolgter Kämpfer gegen den Austrofaschismus. So sagte er als Verteidiger im Sozialistenprozess (gegen Sailer, Kreisky, Jonas u.a.) von 1936: „Niemand, der diesem Prozess gefolgt ist, kann sich dem Eindruck entziehen, den diese Angeklagten gemacht haben. Man muß denken wie König Philipp in Don Carlos, wenn er ausruft: Welch ein Verlust für meinen Staat, wenn solche Köpfe feiern!“

Steinitz war auch als Schriftsteller und Dichter tätig, so schrieb er ein Buch über den wegen seiner Haltung im Bauernkrieg vom Würzburger Bischof brutal verfolgten Bildhauer Tilman Riemenschneider. Auch ein Heft mit Gedichten blieb erhalten. Als namhafter jüdischer Intellektueller wurde Steinitz bereits am 14. März 1938 von der Gestapo verhaftet, in das Konzentrationslager Dachau, später nach Buchenwald gebracht und im Oktober 1942 in Auschwitz-Birkenau ermordet. Zur Erinnerung an den aufrechten Antifaschisten wurde der nach ihm benannte Steinitz-Hof 1955 von Bürgermeister Jonas eröffnet, nunmehr wurde die Gedenktafel zur Information auch der Nachgeborenen angebracht. ■



SPÖ Bezirkschef Dr. Alois Mayer, BVSt.-Stv. Hermine Moser und Stadtrat Dr. Sepp Rieder bei der Enthüllung der Tafel

Foto: Landesbibliothek Wien

Große Feier für Stefan Billes, 90

Mit einer großartigen, künstlerisch umrahmten Feier wurde am 9. Dezember im Landesmuseum Eisenstadt vom Landesverband Burgenland der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, den Kinderfreunden und der SPÖ Burgenland der 90. Geburtstag von Alt-Landesrat Stefan Billes begangen.

Stefan Billes wurde nach der Machtergreifung der Nazis in Österreich wegen seiner politischen Gesinnung als junger Sozialist verhaftet und mit dem ersten Transport politischer Häftlinge nach Dachau transportiert. Billes ist Gründungsmitglied des

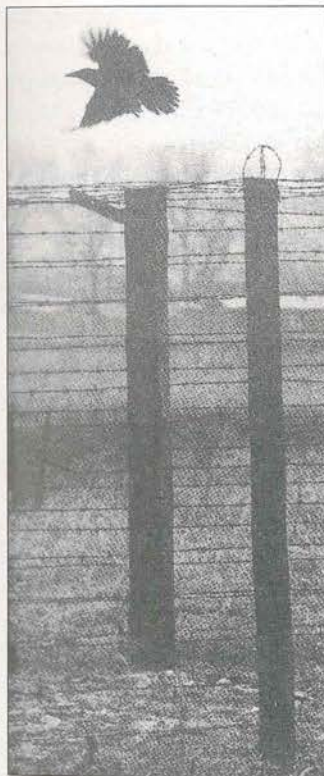
Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und einer der Kampfgefährten von Rosa Jochmann. Lange Zeit leitete er den Landesverband Burgenland, dessen Ehrenvorsitzender er seit einigen Jahren ist.

Bei der Geburtstagsfeier hielt Altbundeskanzler Fred Sinowatz die Laudatio für den mutigen Kämpfer für Freiheit und Demokratie, wobei er auch dessen Leistungen nach der Befreiung würdigte. Zunächst wirkte Billes da als Landesparteisekretär der SPÖ beim Aufbau des Burgenlandes mit. Später wurde er erster Obmann der burgenländischen Gebietskrankenkasse. Ende der fünfziger Jahre wurde er zum Landtagsabgeordneten gewählt und übernahm auch die Funktion des Obmannes der burgenländischen Kinderfreunde. Höhepunkt seiner politischen Laufbahn war, als er 1956 Landesrat in der burgenländischen Landesregierung wurde.

Nach seiner Pensionierung setzte er sich nicht zur Ruhe, sondern ist weiterhin als Zeitzeuge in den Schulen aktiv.

An der Feier, die von der Vorsitzenden des Landesverbandes des Burgenlandes, LAbg. Gerti Spieß, eingeleitet wurde, nahm auch eine Delegation des Bundesvorstandes der Freiheitskämpfer mit

Alfred Ströer an der Spitze teil. Der Vorsitzende der SPÖ Burgenland, Dr. Manfred Moser, überbrachte dem Jubilar ein besonderes „Geburtstagsgeschenk“: Stefan Billes wurde für seine langjährige volksbildnerische Aufklärungsarbeit vom Bundespräsidenten mit dem Berufstitel „Professor“ ausgezeichnet.



Die Ausstellung ist bis 10. 2. 2000 tägl. 10-18 Uhr geöffnet



Der Jubilar (rechts), Altkanzler Sinowatz und SPÖ-Landeschef Moser mit der Professorenurkunde für Billes

Photos als stumme Zeugen

Im Palais Palfy auf dem Wiener Josefsplatz wurde am 16. Dezember die Ausstellung „Stumme Zeugen“, präsentiert gemeinsam mit den drei Opferverbänden, von Nationalratspräsident Heinz Fischer eröffnet. Im Winter 1993/94, kurz vor dem 50. Jahrestag der Befreiung der letzten Konzentrations- und Vernichtungslager, unternahm der Photograph Erich Hartmann eine achtwöchige Reise zu den La-

gern und Gedenkstätten. Er sagt darüber: „Ich hatte keine Illusion; ich wusste, dass ich keine Fakten zu der schon bestehenden ausführlichen Dokumentation über die Lager hinzufügen konnte und dass meine Photographien keinen einzigen Menschen aus dem Totenreich zurückbringen oder das oft noch andauernde körperliche und seelische Leiden eines einzigen Überlebenden lindern würden.“

Ich musste einfach zu den Lagern, um eine Pflicht zu erfüllen, die ich nicht in Worte fassen konnte ...“

Erich Hartmann, geboren 1922 in München, emigrierte 1938 mit seiner Familie nach New York. Dort lebte er als freier Photograph, Buchautor und Mitglied der Agentur „Magnum“, zahlreiche bekannte Zeitschriften veröffentlichte seine Bilder. Hartmann ist 1999 verstorben.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258, e-mail-Adresse: kaempfer@spoe.or.at. **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 70 86-0. **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt. **Zulassungsnummer:** WoGZ 58 U

HERR
BEZ. RAT DIR.
JOHANNES SCHWANTNER
DARINGERG. 14/25/6
1190 WIEN

DUR: 090478